

Sitzungsunterlagen

Personal-Organisation POA - 10/2023-2027

24.09.2025, 16:00

Stadt Bremerhaven



**Tagesordnung für die 10. öffentliche Sitzung des
Personal- und Organisationsausschusses
in der Wahlperiode 2023/2027 am 24.09.2025**

Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage-Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 03.06.2025	24/2025
3	Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV	
3.1	Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 24.09.2025	29/2025
4	Vorlagen/Vorträge	
4.1	Umsetzungsstrategie des Onlinezugangsgesetzes (OZG) hier: Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (08/2025) Vortrag Herr Jacob (Magistratskanzlei): „Digitalisierung Bremerhaven – Smart City (Ranking 2025)“	23/2025
4.2	Sitzungstermine 2026	25/2025
4.3	Anerkennung von 1,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfen für das Sozialamt zur Umsetzung des Projektes „Heidjer Hilfe – Nebenan im Einsatz“	26/2025
4.4	Anerkennung eines befristeten überplanmäßigen Bedarfs "Transition Guide" für die Jugendberufsagentur des Schulamtes	27/2025
4.5	Anerkennung von 1,85 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für Kinderpfleger:innen für den Bereich Geistige Entwicklung an Schulen	28/2025
4.6	Verlängerung von 50 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfen für nichtunterrichtendes pädagogisches Personal an Bremerhavener Schulen	30/2025
5	Anträge	
6	Anfragen	
7	Mitteilungen	
8	Verschiedenes	

Vorlage Nr. 24/2025		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Genehmigung der Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 03.06.2025

Die Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 03.06.2025 ist zu genehmigen.

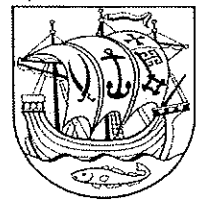
Beschlussvorschlag

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

gez. Melf Grantz

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Entwurf der Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung



Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses in der
Wahlperiode 2023/2027 am 03.06.2025

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 16:17 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzender

Herr Bürgermeister Neuhoff

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Dr. Hammann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Frau Stadtverordnete Ruser

Herr Stadtverordneter Viebrock

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel

Frau Stadtverordnete von Twistern

Herr Stadtverordneter Ventzke

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Frau Stadtverordnete Coordes

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

Fraktion DIE MÖWEN

Herr Stadtverordneter Secci

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Entschuldigt:

Herr Oberbürgermeister Grantz

Frau Stadtverordnete Kargoscha

Frau Stadtverordnete Knorr

Herr Stadtverordneter Schäfer

Schriftführung

Herr Adomeit

Weitere Teilnehmer:

Von der Verwaltung:

Herr Magistratsdirektor Polansky
Frau Adomeit, Amt 11
Herr Jochim, BIT

Gesamtpersonalrat:

Personalrat Allgemeine Verwaltungsdienste:

Personalrat Bauverwaltung:

Personalrat Ortspolizeibehörde:

Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport:

Personalrat Schulen:

Gesamtschwerbehindertenvertretung

Frau Hamaoui

Herr Schildt

Herr Saß

Herr Maier

Frau Rinas

Frau Looser

Herr Thomas

Migrationsrat

Frau Dr. Brugman

In Vertretung für Herrn Oberbürgermeister Grantz führt Herr Bürgermeister Neuhoﬀ den Vorsitz. Herr Neuhoﬀ begrüßt die Anwesenden und teilt mit, welche Ausschussmitglieder für die heutige Sitzung entschuldigt sind. Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladung, die Tagesordnung und die Vorlagen fristgerecht versandt wurden. Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt. Weiter teilt Herr Neuhoﬀ mit, dass es für die heutige Sitzung zwei Tischvorlagen gibt: Nr. 21/2025 „Stellenhebungen im Bereich der Polizei“ und Nr. 22/2025 „Verlängerung eines 1,0 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes“. Die Mitglieder des Ausschusses sind damit einverstanden, dass diese Vorlagen als TOP 4.9 und als TOP 4.10 auf die Tagesordnung gesetzt werden.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

2. Genehmigung der Niederschrift

**2.1. Genehmigung der Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung des
Personal- und Organisationsausschusses in der Wahlperiode
2023/2027 am 10.03.2025**

12/2025

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 11 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung (Herr Secci).

Herr Jürgewitz hatte in der Ausschusssitzung am 10.03.2025 eine Frage zu der Vorlage Nr. 8/2025 „Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsentwicklung im Gesundheitsamt - hier: Anerkennung von 3,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen“, deren Beantwortung in die Niederschrift für die Sitzung am 10.03.2025 aufgenommen wurde. Zu der Beantwortung hat Herr Jürgewitz eine Nachfrage. Er möchte wissen, was der ÖGD-Pakt ist und ob die Aussage, eine Personalmehrung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie lässt sich nicht feststellen, richtig ist.

Antwort zu Protokoll:

ÖGD-Pakt steht für „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“. Der ÖGD-Pakt steht insoweit mit der Corona-Pandemie im Zusammenhang, als dass diese die Schwächen bzw. die Krisenanfälligkeit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes offenbarte. Mit dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurden Finanzmittel zur Verfügung gestellt, um den Öffentlichen Gesundheitsdienst personell und hinsichtlich notwendiger Digitalisierungsmaßnahmen für zukünftige Krisensituationen zu stärken.

Die mit den Mitteln aus dem ÖGD-Pakt geschaffenen Stellen dienten daher nicht unmittelbar der Bewältigung der Corona-Pandemie, sondern der zukunftsfähigen personellen Ausstattung des Gesundheitsamtes. Stellen, die ausschließlich zur Bewältigung der Pandemie dienen sollten, wurden im Gesundheitsamt nicht geschaffen. Dies sollte mit der in Frage stehenden Aussage zum Ausdruck gebracht werden.

Auszüge: Amt 11/0, Amt 11/3

3. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 03.06.2025 17/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Vorlagen/Vorträge

4.1. Anerkennung von 15,0 befristet überplanmäßigen Bedarfen für die Abteilung „Kinderförderung“ des Amtes für Jugend, Familie und Frauen (drittmittelfinanziert) 11/2025
hier: Gewinnung von pädagogischen Fachkräften aus Spanien für die Kindertagesbetreuung

Wortmeldungen: Frau Adomeit, Frau Coordes, Herr Jürgewitz, Herr Neuhoff

Frau Coordes bittet darum, künftig auch dem Personal- und Organisationsausschuss mitzuteilen, wie viele der spanischen Fachkräfte nach der Qualifizierung in Bremerhaven bleiben. Herr Neuhoff sagt dies zu.

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung durch Drittmittel, 15,0 überplanmäßig anerkannte Bedarfe für pädagogische Fachkräfte (Entgeltgruppe S 4 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) im Amt für Jugend, Familie und Frauen im Rahmen des Programms für die Gewinnung von pädagogischen Fachkräften aus Spanien, befristet für die Dauer von 15 Monaten ab Einstellung.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 51

4.2. Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsbeauftragten für das Jahr 2024 13/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den in der Anlage beigefügten Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsbeauftragten für das Jahr 2024 zur Kenntnis.

Auszüge: I/6

4.3. Bewilligung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs für das Jobcenter Bremerhaven zur Einrichtung einer dritten Bereichsleitungsstelle 14/2025

Wortmeldungen: Frau Adomeit, Frau Coordes, Herr Jürgewitz

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Trägerversammlung im Mai 2025, einen unbefristeten 1,0 überplanmäßigen Bedarf „Bereichsleitung“ (Entgeltgruppe 12 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für das Jobcenter Bremerhaven.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Frau Tiedemann) und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Jobcenter Bremerhaven

4.4. Haushaltsabschluss 2024 der Kapitel Magistrat, Magistratskanzlei, Referat Innenrevision/Antikorruption, Personalamt, Informations- und Kommunikationstechniken, Gesamtpersonalrat, Einzelpersonalräte, Frauenbeauftragte, Arbeitssicherheit, Zensus und "Zentral veranschlagte Personalausgaben" (Ausschussbereich 1) 15/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt gemäß Ziffer 4.2 der Rücklagenrichtlinie des Magistrats der Stadt Bremerhaven die zahlenmäßig abgestimmten Rechnungsergebnisse des Ausschussbereiches 1 auf der Grundlage des 14. Monats 2024 zur Kenntnis.

Auszüge: Amt 11/1

4.5. Verlängerung und Aufstockung eines 0,5 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes zur Umsetzung des bundesweiten Projektes „Jugendklimarat: Jugendliche unterstützen kommunalen Klimaschutz in Deutschland“ für das Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes 16/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, den zur Umsetzung des bundesweiten Projektes „Jugendklimarat: Jugendliche unterstützen kommunalen Klimaschutz in Deutschland“ bestehenden 0,5 überplanmäßigen Bedarf auf 1,0 überplanmäßigen Bedarf (Entgeltgruppe 12 TVöD (Entgeltordnung/ VKA), vorbehaltlich Bewertung) aufzustocken und diesen befristet bis zum 31.05.2027 zu bewilligen.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 10 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen (Herr Jürgewitz, Frau Tiedemann).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 58

4.6. Verstetigung der Strategie des Prinzips Gender Mainstreaming

18/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt die Berichterstattung der Gender-Mainstreaming-Strategie zur Kenntnis und stellt fest, dass Gender Mainstreaming und Diversity-Management in der Verwaltung so nachhaltig verankert ist, dass es künftig keiner Berichterstattung mehr bedarf.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/4

4.7. Anerkennung befristeter Bedarfe für pädagogische Fachkräfte für das Amt für Jugend, Familie und Frauen und das Schulamt im Rahmen des Landesprogramms "Wege in Beschäftigung"

19/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, befristet für die Zeit vom 01.08.2025 bis 31.07.2027, die Anerkennung von 10,0 überplanmäßigen Bedarfen für pädagogische Fachkräfte im Amt für Jugend, Familie und Frauen sowie, vorbehaltlich einer positiven Beschlussfassung im Ausschuss für Schule und Kultur, von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen für das Schulamt im Rahmen des Programms „Wege in Beschäftigung“ (Entgeltgruppe S 2 TVöD (Entgeltordnung/VKA)).

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Frau Tiedemann) und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 40, Amt 51

4.8. Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs Sozialpädagoge:in für den Bildungsgang Werkschule an der Werkstattschule

20/2025

Wortmeldungen: Herr Polansky, Herr Secci

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs Sozialpädagoge:in (Entgeltgruppe S12 TVöD (Entgeltordnung/ VKA)).

Die Anerkennung erfolgt vorbehaltlich der Finanzierung gemäß Finanzausweisungsgesetz über die Ausgabenabrechnung für das pädagogisch tätige nichtunterrichtende Personal durch das Land Bremen.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Herr Secci) und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 40

4.9. Stellenhebungen im Bereich der Polizei - Tischvorlage

21/2025

Aufgrund der Ermächtigung in § 9 Abs. 1 Nr. 2 Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven (für das Haushaltsjahr 2024) beschließt der Personal- und Organisationsausschuss die nachfolgenden Stellenhebungen im Polizeivollzugsdienst:

- 9 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 2 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO
- 1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 14 BremBesO

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 12 Ja-Stimmen

Auszüge: Amt 11/2, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 90

4.10. Verlängerung eines 1,0 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes - Tischvorlage

22/2025

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Verlängerung eines überplanmäßig anerkannten Bedarfes (Entgeltgruppe 8 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) befristet für ein Jahr, mithin bis zum 14.06.2026, für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Herr Jürgewitz).

Auszüge: Amt 11/3, Amt 11/6, Amt 11/7, Amt 91

5. Anträge

6. Anfragen

7. Mitteilungen

Herr Neuhoff informiert die Ausschussmitglieder über den folgenden Sachverhalt:

Der Personal- und Organisationsausschuss beschloss am 10. März 2025 auf der Grundlage der Vorlage Nr. 5/2025 die Anerkennung eines 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfs für die kommunale Wärmeplanung (Entgeltgruppe 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA)).

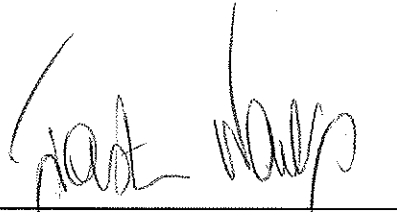
Vorsehentlich wurde der Ausschuss um Bewilligung des Bedarfes befristet bis zum 29.02.2028 gebeten. Die Finanzierung aus Drittmitteln besteht jedoch bis Ende 2028.

Der Ausschuss wird daher gebeten, der Befristung des Bedarfes bis zum 31.12.2028 zuzustimmen.

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Befristung des Bedarfs bis zum 31.12.2028.

Beschluss: Der Beschluss ergeht mit 9 Ja-Stimmen, 3 Enthaltung (Herr Jürgewitz, Herr Secci, Frau Tiedemann).

8. Verschiedenes



Torsten Neuhoff
Bürgermeister



Adomeit
Schriftführer

Entwurf

Vorlage Nr. 29/2025		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 24.09.2025

Der Ausschussvorsitzende des Personal- und Organisationsausschusses hat gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV zu jeder ordentlichen Ausschusssitzung eine schriftliche Auflistung der umzusetzenden Beschlüsse und des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

gez. Melf Grantz

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1	18.06.2024	22/2024 Anerkennung eines 0,625 befristeten überplanmäßigen Bedarfs für die Abteilung "Organisation/Stellenbewertung" des Personalamtes	beschlossen	I/Personalamt - Beamtenabteilung	abgeschlossen	1. Stelle/n vollständig besetzt ab 15.09.2025
2	30.09.2024	29/2024 - 1 Anerkennung von 1,277 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für die Schulsozialarbeit an gymnasialen Oberstufen	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Finanzierung nicht sichergestellt; Abstimmung zum weiteren Verfahren mit dem Fachamt
3	30.09.2024	31/2024 - 1 Anerkennung von 4,87 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen Lehrmeister:innen für das Schulumt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Ausschreibung erforderlich, Abstimmung zum weiteren Verfahren mit dem Fachamt
4	16.12.2024	41/2024 Anerkennung von rund 8,615 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen im Rahmen der Neuorganisation für das Helene-Kaisen-Haus	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	6,575 Stellen besetzt, 2,04 Stellen in der Abstimmung mit der Mitbestimmung
5	10.03.2025	4/2025 Anerkennung von 2,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für Lehrpersonal der Akademie für Rettungsdienst der Feuerwehr Bremerhaven	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stelle/n vollständig besetzt ab 01.10.25

6	10.03.2025	5/2025 Anerkennung von 2,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfen für die strategische Wärmeplanung Bremerhaven (1,0 Bedarf EU Interreg Ostsee-Programm Projekt- PlanHeat und 1,0 Bedarf kommunale Wärmeplanung)	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	1,0 kommunale Wärmeplanung besetzt ab 01.11.25; 1,0 PlanHeat im Ausschreibungsverfahren
7	10.03.2025	6/2025 Anerkennung von 1,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfen zur Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie Bremerhavens und deren Fortschreibung für das Umweltschutzamt	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stelle/n vollständig besetzt
8	10.03.2025	8/2025 Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsentwicklung im Gesundheitsamt hier: Anerkennung von 3,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	0,5 Gesundheitsberichterst.: im Auswahlverfahren; 1,25 Soz.Arb. Krisendienst zum 2. Mal ausgeschrieben; übrige Stellen: Stellenbeschreibung in der Abstimmung mit dem Fachamt
9	10.03.2025	9/2025 Anerkennung von 5,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfen zur Stärkung von multiprofessionellen Teams im Rahmen des Startchancen Programms	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Ausschreibung in Vorbereitung

10	03.06.2025	11/2025 Anerkennung von 15,0 befristet überplanmäßigen Bedarfen für die Abteilung „Kinderförderung“ des Amtes für Jugend, Familie und Frauen (drittmittelfinanziert) hier: Gewinnung von pädagogischen Fachkräften aus Spanien für die Kindertagesbetreuung	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	7,0 Stellen besetzt; weitere Fachkräfte konnten nicht gewonnen werden
11	03.06.2025	14/2025 Bewilligung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs für das Jobcenter Bremerhaven zur Einrichtung einer dritten Bereichsleitungsstelle	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	Im Ausschreibungsverfahren
12	03.06.2025	16/2025 Verlängerung und Aufstockung eines 0,5 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes zur Umsetzung des bundesweiten Projektes „Jugendklimarat: Jugendliche unterstützen kommunalen Klimaschutz in Deutschland“ für das Klimastadtbüro des Umweltschutzamtes	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Fachamt	Bislang keine Aufforderung zur Ausschreibung durch das Fachamt.
13	03.06.2025	19/2025 Anerkennung befristeter Bedarfe für pädagogische Fachkräfte für das Amt für Jugend, Familie und Frauen und	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stelle/n vollständig besetzt

		das Schulamt im Rahmen des Landesprogramms "Wege in Beschäftigung"				
14	03.06.2025	20/2025 Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfs Sozialpädagog:in für den Bildungsgang Werk-schule an der Werkstattschule	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	abgeschlossen	Stelle/n vollständig besetzt
15	03.06.2025	21/2025 Stellenhebungen im Bereich der Polizei - Tischvorlage	beschlossen	I/Personalamt - Beamtenabteilung	abgeschlossen	Beförderungen zum 01.07.2025 vorgenommen
16	03.06.2025	22/2025 Verlängerung eines 1,0 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfes für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes - Tischvorlage	beschlossen	I/Personalamt - Tarifabteilung	in Bearbeitung im Personalamt	Im Ausschreibungsverfahren

Abgeschlossene Vorgänge werden in der nächsten Berichterstattung nicht wieder aufgeführt.

Vorlage Nr. 23/2025		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Umsetzungsstrategie des Onlinezugangsgesetzes (OZG)
hier: Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (08/2025)

A Problem

Der Magistrat (Vorlage I/ 243/2023) sowie der Personal- und Organisationsausschuss (Vorlage 85/ 2023) haben die Umsetzungsstrategie zum Onlinezugangsgesetz (OZG) beschlossen bzw. zur Kenntnis genommen und um eine halbjährliche Berichterstattung gebeten.

B Lösung

Die Magistratskanzlei (Digitalisierungsbüro) hat den in der Anlage beigefügten 4. Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (Stand 08/2025) erstellt.

C Alternativen

keine

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages

Die Berichterstattung hat keine finanziellen Auswirkungen.

Der Beschlussvorschlag hat keine personalwirtschaftlichen und somit auch keine räumlichen Auswirkungen. Ferner wirkt sich der Beschlussvorschlag nicht auf die Geschlechtergerechtigkeit aus und hat gleichermaßen keine Auswirkung auf die Klimarelevanz. Eine besondere Betroffenheit ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist nicht ersichtlich. Besondere Belange der Menschen mit Behinderung oder des Sports sowie eine besondere Betroffenheit eines Stadtteils oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sind nicht zu erkennen.

E Beteiligung/Abstimmung

keine

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss nimmt den Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (08/2025) zur Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Bericht zum Stand der Umsetzung in der Stadtverwaltung (08/2025)



4. Bericht zum Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in der Stadtverwaltung

Stand August 2025

Impressum:

Magistrat der Stadt Bremerhaven,
vertreten durch den Oberbürgermeister Melf Grantz
Postfach 21 03 60
27524 Bremerhaven

Hausanschrift Verwaltungszentrum (Stadthäuser 1 - 6):
Hinrich-Schmalfeldt-Straße
27576 Bremerhaven

Telefon: 0471 590-0
E-Mail: Stadtverwaltung at magistrat.bremerhaven.de

Verantwortliche Dienststelle:

Magistratskanzlei
Hinrich-Schmalfeldt-Straße 42, 27576 Bremerhaven

Lizenz:



Die Texte dieser Publikation stehen grundsätzlich unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 (CC BY-NC-ND 3.0)“.

Vorbemerkung

Der Magistrat (Vorlage I/ 243/2023) und der Personal- und Organisationsausschuss (Vorlage 85/2023) haben die Umsetzungsstrategie zum Onlinezugangsgesetz (OZG) beschlossen bzw. zur Kenntnis genommen und um eine halbjährliche Berichterstattung gebeten.

Wie in den vorherigen Berichten des Digitalisierungsbüros der Magistratskanzlei zu entnehmen war, hat sich der Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bei der Stadtverwaltung in den letzten Jahren enorm verbessert. Im Vergleich zu benachbarten Kreisen und Großstädten hat Bremerhaven zwischenzeitlich ein mindestens gleichwertiges Angebot geschaffen, welches es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht viele Verwaltungsleistungen online abzurufen und somit einen herkömmlichen Gang zur Behörde entbehrlich zu machen.

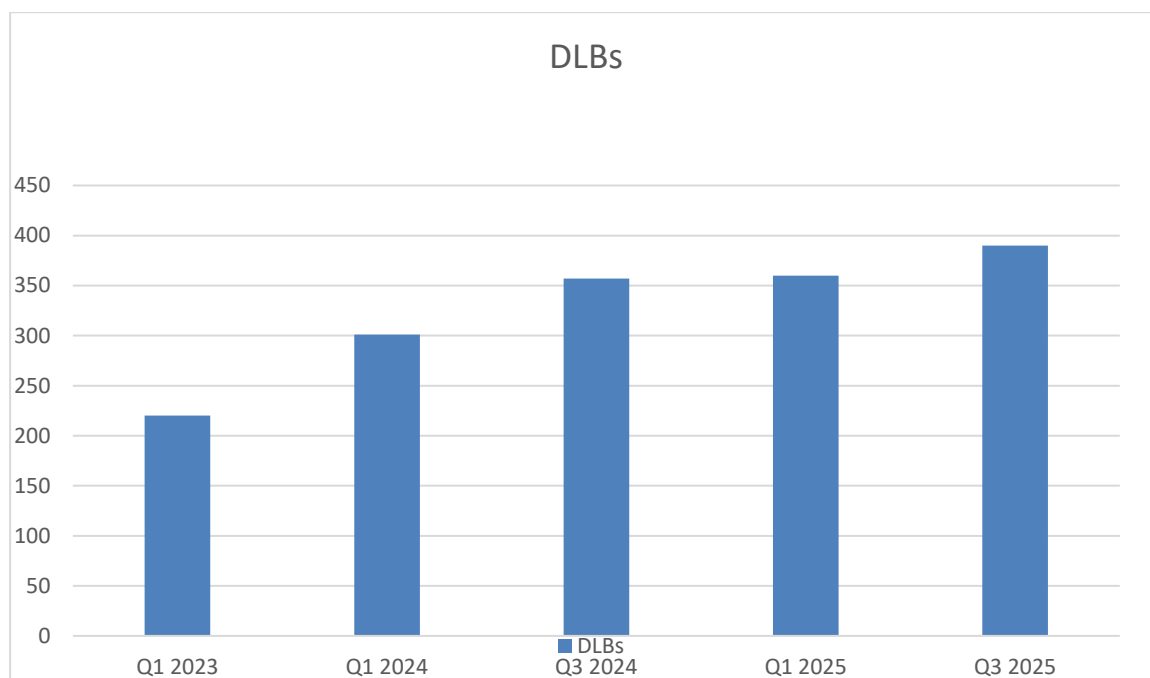
Zwischenbilanzierend muss aus Sicht des Digitalisierungsbüros festgestellt werden, dass das Einer-für-alle-Prinzip (EfA-Prinzip) auf kommunaler Ebene häufig versagt. Aufwändige Anschlussszenarien sind nicht nur technisch, sondern vielmehr auch organisatorisch und finanziell eine Herausforderung, die zu langwierigen Projekten führt. Diese werden aufgrund ihrer Erfolgsaussichten von Fachämtern teilweise nachrangig priorisiert und somit abermals in ihrer Realisierung aufgehalten.

Dennoch konnte das Digitalisierungsbüro auch weiterhin in Zusammenarbeit mit den Organisationseinheiten der Stadtverwaltung und dem Betrieb für Informationstechnologie Einzel- oder Zwischenlösungen erarbeiten und so das Onlineangebot im Bürgerserviceportal im aktuellen Berichtszeitraum erneut ausbauen.

Nach der Erstellung bzw. Bereitstellung von Online-Diensten ist es in den vergangenen Berichtszeiträumen zu einem stetig anwachsenden Teil der Arbeit geworden, dieses Online-Angebot zum einen technisch und organisatorisch nachzuhalten und zum anderen den angeschlossenen Fachbereichen ein medienbruchfreies Arbeiten zu ermöglichen. Bereits heute ist absehbar, dass diese Aufgaben mit fortschreitenden technischen Möglichkeiten sowie organisatorischen Anpassungen (z.B. rechtlichen Änderungen) zu den ständigen Aufgaben des Digitalisierungsbüros zählen wird.

Dienstleistungsbeschreibungen

Zum 06.08.2025 existieren **390 Dienstleistungsbeschreibungen**. Im Vergleich zum vorherigen Bericht ist hier ein Anstieg von 30 Dienstleistungsbeschreibungen zu verzeichnen. Dies ist im Vergleich zum vorherigen Bericht ein stärkerer Anstieg, der darin begründet ist, dass verschiedene Leistungen digitalisiert werden konnten und in diesem Zuge auch gleichzeitig eine (neue) Dienstleistungsbeschreibung gemäß dem gesetzlich vorgeschriebenen Format erhalten haben.



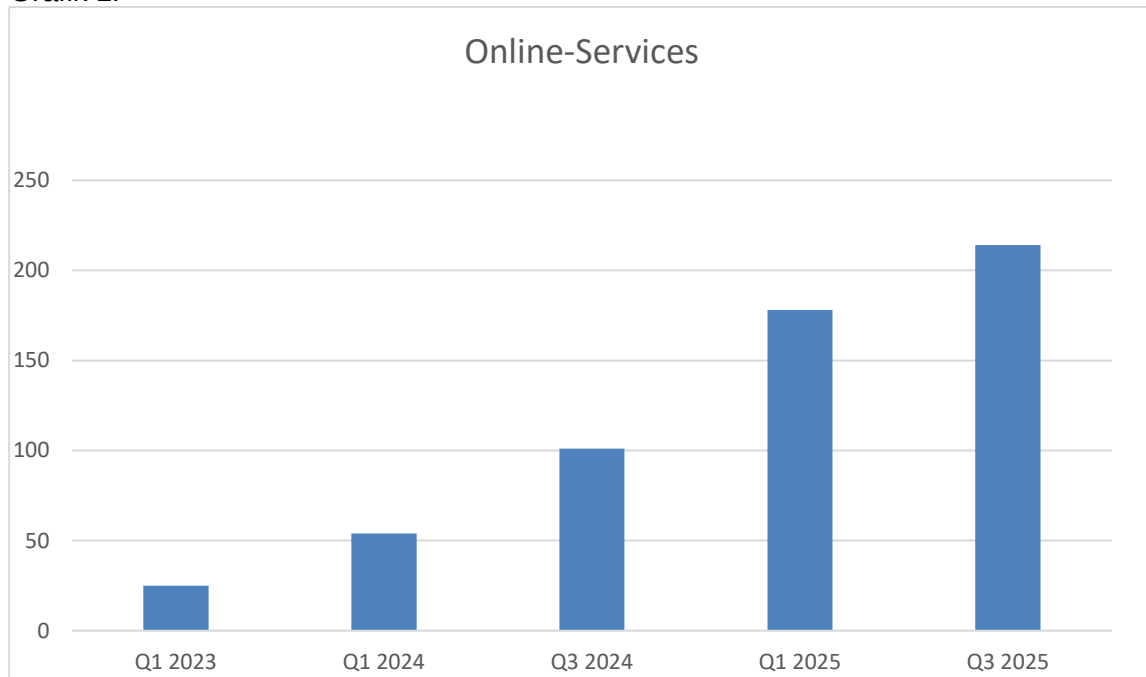
Verfügbare Online-Services

Auf der bremerhaven.de sind derzeit **214 Online-Services** (Stand 06.08.2025) zu finden, ein Anstieg von 36 Leistungen im Vergleich zum vorherigen Bericht. Als Online-Service wird ein Formular verstanden, welches den Bürger:innen erlaubt, online eine (städtische) Dienstleistung zu beziehen bzw. den Prozess hierzu zu starten oder gewisse Verfahrensschritte eines Verfahrens online zu bearbeiten.

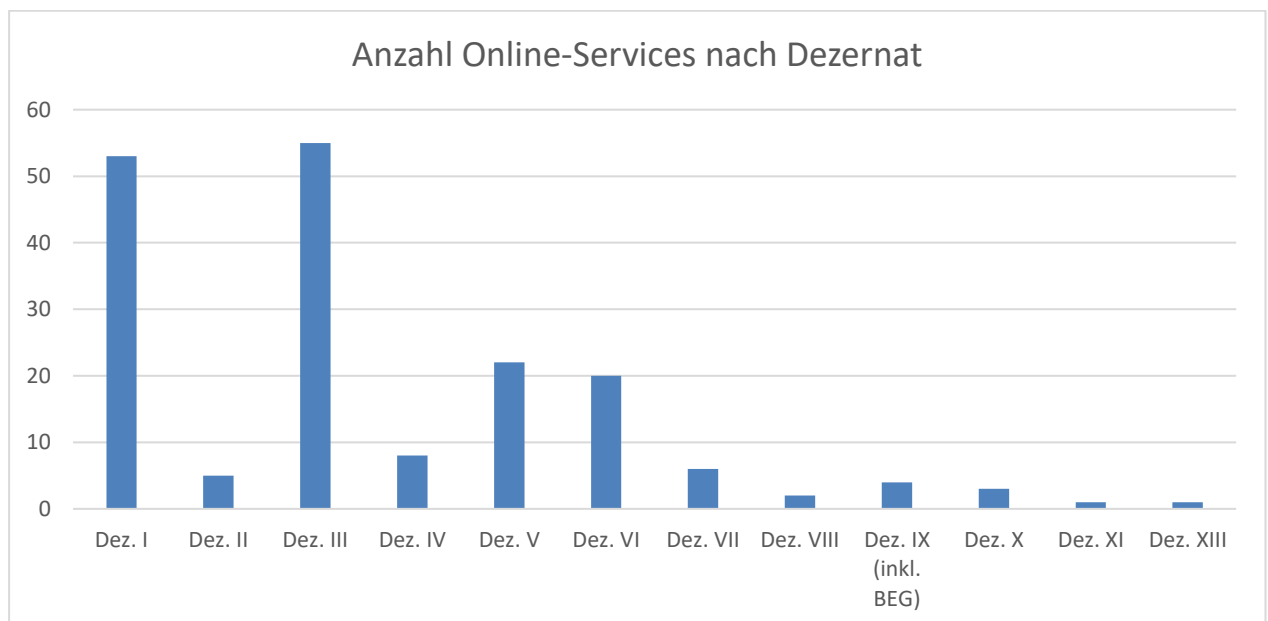
Neben eigenen Verwaltungsleistungen der Stadt werden im Rahmen der Online-Services auch solche eingetragen, die nicht in die Zuständigkeit von Bremerhaven fallen, allerdings für hiesige Bürgerinnen und Bürger relevant sind, wie beispielsweise der Sportbootführerschein.

Alle aktuell auf der bremerhaven.de veröffentlichten Online-Services sind in der Tabelle 1 im Anhang aufgeführt. Nachfolgende Grafiken zeigen die steigende Zahl der Online-Services (Grafik 1) und eine Übersicht in einzelnen Dezernaten vorhandener Online-Services (Grafik 2). Zu beachten ist hierbei, dass sich die Dezernatsverteilung im Berichtszeitraum geändert hat.

Grafik 1:



Grafik 2:



Online-Services von Wirtschaftsbetrieben und ausgelagerten Verwaltungsleistungen

Das OZG spricht ganz allgemein von *Verwaltungsleistungen der öffentlichen Stellen*, für die dieses Gesetz gilt. Verwaltungsleistungen, die etwaig von Wirtschaftsbetrieben oder anderen Dritten im Auftrage der Kommune wahrgenommen werden, entziehen sich nach Auffassung des Digitalisierungsbüros somit keineswegs der geplanten Transformation. Beispielhaft seien hier die Aufgabenfelder rund um die Abfallentsorgung genannt, die von der Stadt auf die Entsorgungsbetriebe Bremerhaven (EBB) übertragen worden sind. Das dazu erforderliche Tagesgeschäft (z.B. Behältertausch oder Anmeldung von Sperrmüll) ist vertraglich der Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft mbH bzw. der BEG logistics GmbH zugewiesen.

Im letzten Berichtszeitraum konnten verschiedene Leistungen der BEG über die EBB auf die bremerhaven.de eingebunden werden, ebenfalls wird zusammen mit der EBB an der Digitalisierung der Leistungen für bspw. den Behältertausch gearbeitet, inklusive Erstellung der Dienstleistungsbeschreibungen.

In Umsetzung befindliche Online-Services

In Zusammenarbeit zwischen dem jeweiligen Fachbereich und dem Digitalisierungsbüro werden derzeit 44 weitere Online-Services umgesetzt. Die genaue Projektübersicht kann der Tabelle 2 im Anhang entnommen werden.

Im Vergleich zu 68 Projekten im vorherigen Berichtszeitraum hat die Anzahl der Umsetzungsprojekte abgenommen, dies ist darauf zurückzuführen, dass verschiedene Projekte abgeschlossen werden konnten und somit von Projekten zu fertigen Leistungen konvertiert wurden.

Wie bereits in der Vorbemerkung ausgeführt, ist das sogenannte Einer-für-alle-Prinzip (EfA-Prinzip) auf kommunaler Ebene aus verschiedenen Gründen als schwierig einzustufen: Während die Entwicklung von Online-Diensten ländersseitig überwiegend als abgeschlossen zu betrachten ist, ist das RollOut in der Fläche stark von technischen, organisatorischen und schlussendlich gleichermaßen von finanziellen Herausforderungen geprägt. So können einige in Umsetzung befindliche Online-Services (z.B. der digitale Bauantrag) erst nach sehr langer Zeit realisiert werden. Andere Umsetzungsprojekte (z.B. Kfz-Zulassung) lassen sich durch Veränderungen in den Rahmenbedingungen (z.B. Wechsel der Fachanwendung) nicht in dem gewünschten Zeitrahmen realisieren.

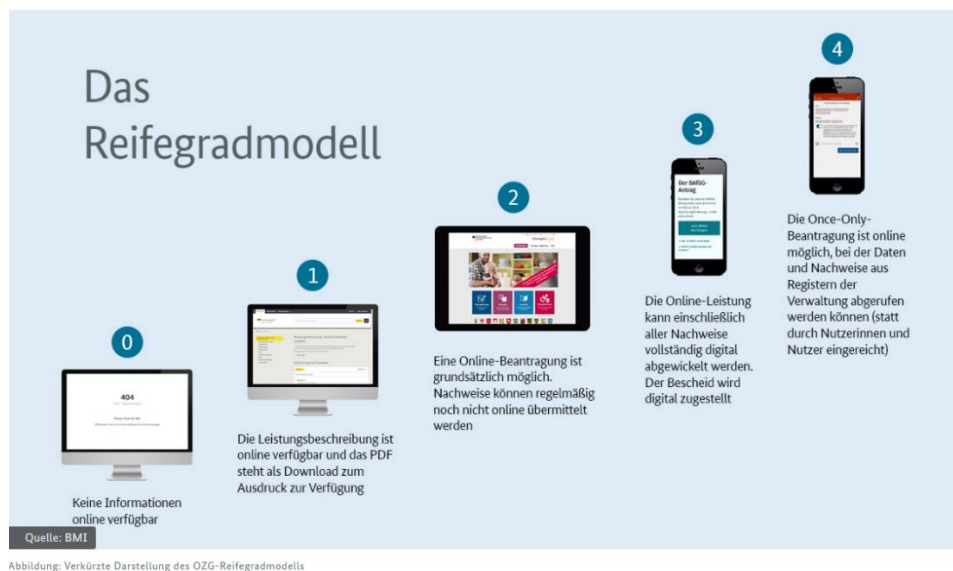
Werbung für Online-Dienste

Die Stadt Bremerhaven stellt zwischenzeitlich über 200 Online-Dienste zur Verfügung. Der Grad der Nutzung ist zentral nur schwer zu erfassen. Einige Verfahren laufen direkt in Fachverfahren der Dienststellen und andere Verfahren werden über sogenannte Fachschränke im Dokumentenmanagement bearbeitet. Unterschiedliche Transportwege der Daten erschweren eine statistische Auswertung zusätzlich. Dennoch wird vermutet, dass der Nutzungsgrad der Online-Dienste ausbaufähig ist. Hierzu ist zwischenzeitlich eine kostenfreie und in Abständen wechselnde Werbung auf den Anzeigen zu Fahrgastinformationen bei Bremerhaven Bus sowie auf den Medien-Stelen in der Innenstadt etabliert. Gleichermäßen wird die Inbetriebnahme von neuen Online-Angeboten der Stadt routinemäßig medial begleitet.

OZG-Reifegradmodell

Wie bereits im letzten Bericht zum Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes beschrieben besteht seitens des Bundes die Absicht, die Reifegrade der Digitalisierung zu erhöhen. Während die aus dem Schaubild (siehe unten) erkennbaren Reifegrade 0 und 1 keinesfalls erstrebenswert sind, lässt sich feststellen, dass die überwiegende Zahl der in Bremerhaven angebotenen Online-Dienste den Reifegraden 2 und 3 zuzuordnen sind. Der Reifegrad 4 ist das zwischen Bund und Ländern definierte Ziel, welches vorsichtigen Prognosen zufolge frühestens im Jahr 2035 erreicht werden kann. Dieses Ziel steht in Abhängigkeit zur auch in Bremerhaven eingeleiteten Registermodernisierung (vgl. nächstes Kapitel).

Den nächsten Meilenstein für Bremerhaven stellt somit das realistische Erreichen des Reifegrades 3 dar. Die für den Reifegrad 3 notwendige digitale Zustellung des Bescheides war bis zur Veröffentlichung des Postkorb-Tools des Bundes regelmäßig nicht technisch und rechtlich sicher umzusetzen. Im aktuellen Berichtszeitraum hat das Digitalisierungsbüro damit begonnen, bestehende Online-Dienste soweit zu ertüchtigen, dass auch der angestrebte digitale Austausch zwischen Antragstellenden und der Behörde ermöglicht wird. Nähere Informationen sind dem Kapitel „Authentifizierung/ Nutzerkonto Bund“ zu entnehmen.



Registermodernisierung

Die Registermodernisierung soll die öffentliche Verwaltung effizienter und bürgerfreundlicher gestalten, indem sie die Grundlage für die digitale Bereitstellung von Verwaltungsleistungen schafft und das sogenannte "Once-Only-Prinzip" ermöglicht. Bürgerinnen und Bürger sollen ihre Daten und Nachweise nicht mehr wiederholt für verschiedene Behördengänge vorlegen müssen, da diese von den zuständigen Stellen automatisiert abgerufen werden können. Dafür ist selbstverständlich die Zustimmung der Antragstellenden die wesentliche Voraussetzung.

Somit werden durch die Registermodernisierung diverse Ziele verfolgt:

- Weniger Behördengänge: Bürgerinnen und Bürger müssen weniger oft persönlich bei Behörden erscheinen oder Formulare ausfüllen, da Daten zentral von den Registern abgerufen werden können.
- Schnellere Bearbeitung von Anträgen: Durch den automatisierten Datenabruf verkürzen sich die Bearbeitungszeiten für Verwaltungsleistungen.

- Weniger Bürokratie: Das "Once-Only-Prinzip" reduziert den bürokratischen Aufwand für Bürger und Unternehmen, da Daten nicht mehr mehrfach übermittelt werden müssen.
- Effizientere Verwaltung: Die Verwaltung kann Verwaltungsleistungen schneller und kostengünstiger erbringen, da Prozesse automatisiert und Daten effizienter genutzt werden können.
- Verbesserte Datenqualität: Durch die Registermodernisierung wird die Datenqualität in den Registern erhöht und Fehler können schneller erkannt und korrigiert werden.

Mit der Registermodernisierung wird perspektivisch eine zukunftsfähige Verwaltung angestrebt, die Bürger, Unternehmen und die Verwaltung gleichermaßen entlasten und von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren lässt.

Chatbot „Hein Mück“

„Hein Mück“ ist zu einem Vorzeigeprojekt geworden und hat in der Bundesrepublik zwischenzeitlich über 100 Nachahmende gefunden. Das Tool überzeugt durch seine Effizienz und in seiner Art der Informationsaufbereitung. Zwischen Juni 2024 und Juni 2025 hat „Hein Mück“ über 3600 „Gespräche“ geführt. Der Hauptanteil der Dialoge lag im Bereich der Verwaltungsdienste (ca. 2100), gefolgt vom Bereich Veranstaltungen, Freizeit und Kultur (ca. 900), sowie von kleineren Bereichen wie Soziale Dienste (ca. 300) und Vorschriften (ca. 100).

Im neu konzipierten Info-Point des Verwaltungshochhauses, also der zentralen Anlaufstelle für Ratsuchende, wird derzeit der erste Voicebot der Stadtverwaltung in Betrieb genommen. Im Vergleich zum Chatbot findet die Kommunikation verbal und ohne Tastatur statt. So können gesuchte Informationen zu etwaig zuständigen Dienststellen und dort angebotenen Dienstleistungen in kürzester Zeit und in über 100 Sprachen angeboten werden. Basis der Beauskunftung bleibt weiterhin der vollständige Inhalt der Internetseite www.bremerhaven.de.

Online-Bezahlsysteme

Mit dem Wegfall des Zahlverfahrens „giropay“ zum 31.12.2024 wird derzeit im E-Payment-Verfahren lediglich das Bezahlverfahren „Sepa“ angeboten. Die Stadtkämmerei wird mit der neuen Finanzsoftware (Einführung zum 01.01.2026 geplant) weitere Zahlverfahren anbieten. Denkbare Zwischenlösungen konnten nicht realisiert werden.

Authentifizierung / Nutzerkonto Bund

Um die digitale Identifizierung von Personen sicherzustellen und die analoge Prüfung amtlicher Lichtbildausweise oder handschriftlicher Unterschriften zu ersetzen, wurde zwischenzeitlich die Kompatibilität zwischen dem Nutzerkonto Bund (BundID) und den in Bremerhaven entwickelten Online-Services (FormSolutions) hergestellt. Dadurch wird es möglich, verschiedene Authentifizierungsniveaus (abhängig vom jeweiligen Rechtsbereich) sowie die Postfachfunktion der BundID anzubieten. Mit dieser Postfachfunktion erreichen weitere Online-Dienste den im Kapitel „OZG-Reifegradmodell“ angestrebten Reifegrad 3.

Die Zahl der BundID-Nutzenden in Bremerhaven lag im Februar 2025 bei 5.252 Personen mit Wohnsitz in Bremerhaven, im November 2024 nutzten insgesamt im Lande Bremen 41.201 Personen die BundID. Das BMI gibt derzeit keine Auskünfte über aktuelle Nutzendenzahlen, arbeitet aber an einer Lösung für eine öffentliche Darstellung der Statistik.

Aktuell verfügen 23 Assistenten über mindestens eine optionale Authentifizierungsmöglichkeit per BundID. Alle neu entwickelten Assistenten werden standardmäßig mit einer BundID-Anbindung

ausgestattet. Bestehende Assistenten werden schrittweise nachgerüstet – ein Prozess, der neben technischem Aufwand auch weitere Arbeiten mit sich bringt.

Das Digitalisierungsbüro arbeitet weiterhin an der Anbindung des „Mein Unternehmenskonto“ (MUK), um künftig auch Unternehmen eine Authentifizierung für die sie betreffenden Leistungsangebote bereitzustellen.

Dokumentenmanagementsystem enaio

Auch der Ausbau der internen Digitalisierung mit dem Dokumentenmanagementsystem enaio der Fa. Optimal Systems wird intensiv vorangetrieben. So befindet sich die technische Umsetzung der elektronischen Personalaktenführung vor der Fertigstellung. Damit einhergehend werden auch Workflowszenarien umgesetzt, die beispielsweise personalrechtliche Geschäftsprozesse medienbruchfrei, digital und mindestens teilweise automatisiert durchführen lassen. Daneben werden auch für andere Anwendungsfälle Workflowprozesse identifiziert und mit den betroffenen Organisationseinheiten umgesetzt.

Neben der elektronischen Rechnungsbearbeitung in der Verwaltung einschließlich der Schnittstelle zu Profiskal ist nun auch der Rechnungseingangsworkflow für Seestadt Immobilien und Helene-Kaisen-Haus einschließlich der Schnittstelle zum dortigen Finanzwesen DATEV fertiggestellt.

Zum weiteren Ausbau der elektronischen Aktenführung in der Allgemeine Schriftgutverwaltung sind weitere fünf Organisationseinheiten in der Umsetzung, darunter größere Einheiten wie Amt für Jugend, Familie und Frauen sowie das Schulamt.

Daneben wird zu jedem fertiggestellten Online-Service die Anbindung der elektronischen Aktenführung bzw. Ablage im Dokumentenmanagementsystem geplant und umgesetzt.

Des Weiteren wird derzeit der Fachbereich Wohngeldstelle an die elektronische Aktenführung über eine Fachverfahrensschnittstelle angebunden.

Tabelle 1: **Übersicht der verfügbaren Online-Services**

Neue Online-Services im Vergleich zum vorherigen Bericht sind **fettgedruckt**

Der Hinweis „extern“ weist darauf hin, dass es sich um einen Online-Service einer anderen Stelle handelt, welcher aus Gründen der Bürger: innenfreundlichkeit auf der bremerhaven.de eingebunden ist.

Onlineservice	Hinweis
Abfall: Antrag auf Erteilung einer Abfallerzeugernummer in der Stadtgemeinde Bremerhaven	
Abholung von Papierabfällen anmelden	
Abholung von Verpackungsabfällen anmelden	
Abweichungen, Ausnahmen und Befreiung online	
Adoptierte Menschen und deren Familien - Hilfe und Beratung zur Abstammung	
Adoption rückgängig machen durch Kinder über 14 Jahre	
Allgemeine Vollzeitpflege bei Pflegekindern, Begleitung	
Als Pflegeeltern bewerben, Eignungsprüfung	
Altlasten: Grundstücksbezogene Altlastenauskünfte	
Amateurfunk: Anzeige geänderter Daten eines Zulassungsinhabers	extern
Amateurfunkprüfung Zulassung	extern
An der Jugendmusikschule abmelden	
Anhörungsbogen bei Ordnungswidrigkeitsverfahren	
Anlagengenehmigung	
Anliegerbescheinigung beantragen	
Anmietung einer Fahrradbox	
Antrag auf Ausnahmegenehmigung wegen Hindernisse, Sondernutzungen nach § 46 Absatz 1 Nummer 8 Straßenverkehrsordnung	
Antrag auf begleitende Hilfe im Arbeitsleben für berufstätige und selbständige schwerbehinderte Personen	
Antrag auf Elterngeld – für Geburten ab 01.04.2025	
Antrag auf Elterngeld – nur für Geburten vom 01.04.2024 bis 31.03.2025	
Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Durchführung einer Veranstaltung und Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung für eine Veranstaltung	
Antrag auf Genehmigung eines Osterfeuers / Brauchtumsfeuers / Traditionsfeuers	
Antrag auf Zulassung zur Prüfung für beschränkt gültige Funkbetriebszeugnisse (Long-Range-Certificate = LRC)	extern
Antrag auf Zulassung zur Prüfung für beschränkt gültige Funkbetriebszeugnisse (Short-Range-Certificate = SRC)	extern
Antrag auf Zulassung zur Prüfung für Sportbootführerschein	extern
Antrag auf Zulassung zur Prüfung für UKW-Sprechfunkzeugnisse (UBI)	extern
Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Klimastadtbüros	

Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ für 2024	
Antrag auf Zuwendung aus Mitteln des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ für 2024 im Bezirk Nord und Süd	
Antrag auf Zuwendung aus Mitteln zur „Förderung der Biodiversität und der heimischen Imkerei in der Stadt Bremerhaven	
An-, Um- oder Abmeldung eines Gewerbes	
Anwohner- und Besucherparkausweis beantragen	
Anzeige der Nutzungsaufnahme online	
Anzeige des Baubeginns online	
Anzeige zur Beseitigung online	
Artenschutz: Tierbestandsmeldung und Meldepflicht für besonders geschützte Arten in Haustierhaltung	
Artenschutz: Vermarktungsgenehmigung (EG-Bescheinigung)	
Aufnahme der abfallwirtschaftlichen Tätigkeit anzeigen	
Auskunft aus dem Sorgeregister anfordern	
Auskunft Gewerbezentralregister	
Auskunft nach §30 Nationales-Waffenregister-Gesetz (NWRG)	extern
Ausnahmegenehmigung für das Parken als Familienpflege oder Pflegedienst beantragen	
Ausnahmegenehmigung für das Parken als Handwerker beantragen	
Ausnahmegenehmigung vom Sonn- und Feiertagsfahrverbot beantragen	
Ausnahmegenehmigung zum Befahren gewichtsbeschränkter Straßen oder zum Befahren der Fußgängerzone beantragen	
Ausweisungsbefreiung	
Baugenehmigung: Antrag auf Genehmigung von Freisitzen vor Gaststättenbetrieben nach § 64 Abs. 1 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 2 BremLBO	
Baumfällung: Antrag für Fäll-/Schnittmaßnahmen und/oder Befreiung vom Sommerfällverbot	
Baustellenanordnung für Arbeitsstellen an Straßen beantragen	
Bauvoranfrage online	
Befreiung von der Nachweis- und Registerpflicht für Abfallwirtschaftsbeteiligte beantragen	
Befristete Vollzeitpflege bei Pflegekindern, Begleitung	
Begleitende Hilfen im Arbeitsleben als Arbeitgebende beantragen	
Beihilfen oder Zuschüsse für zusätzlich notwendige Ausgaben für Pflegekind/er beantragen	
Beistandschaft beenden	
Bekanntmachungsservice öffentliche Hand	extern
Beratung des Vaters bei der Einwilligung in die Adoption eines Kindes	
Beratung und Beistandschaft bei der Feststellung der Vaterschaft	
Beratung und Beistandschaft bei Fragen zum Unterhalt	
Bereiterklärung der Adoptionseltern bei Adoption eines Kindes aus dem Ausland	
Überfahrt: Antrag auf Erlaubnis und Herstellung einer Überfahrt	
Übernahme der Unfallversicherung als Pflegeeltern beantragen	
Übernahme von Beiträgen der freiwilligen Krankenversicherung für Pflegekind/er beantragen	
Bestattung auf dem Heimtiefriedhof anmelden beziehungsweise verlängern	

Betreuung und Versorgung eines Kindes in Notsituation	
Bewohner-Parkausweis verlängern lassen	
Bewässerung: Antrag auf wasserbehördliche Erlaubnis zur Errichtung eines Brunnens zur Gartenbewässerung im Wasserschutzgebiet	
Bürgergeld: Anträge und weitere Anliegen	extern
Bußgeld: Online-Anhörung der Bußgeldstelle	
Datenabfrage Kritische Infrastruktur (KRITIS)	
Digitale Geodaten herunterladen	
Drohnenregistrierung: UAS-Betreiberregistrierung für natürliche Personen	extern
Ehrenamtskarte beantragen	extern
Eigentumsdelikt anzeigen	
Eignung als Adoptiveltern für eine Auslandsadoption prüfen (allgemein)	
Eignung als Adoptiveltern für eine Auslandsadoption prüfen (länderspezifisch)	
Eignung als Adoptiveltern für eine Inlandsadoption prüfen	
Ein fremdes Kind adoptieren	
Ein Kind aus dem Ausland adoptieren	
Einmalige Leistungen bei Aufnahme eines Pflegekindes Begleitung	
Ein Stiefkind adoptieren	
Ein verwandtes Kind adoptieren	
Einwilligung des Vaters in die Adoption eines Kindes	
Einwohnerfragestunde	
Einzugsermächtigung Stadttheater	
Entsorgungsnachweis Bestätigung	
Entsorgungsnachweis im privilegierten Verfahren	
Erdwärme: Antrag auf Erlaubnis zur Erdwärmennutzung mittels Wärmepumpe mit einer Heizleistung bis 30 kW	
Erklärung der Adoptionsbewerber, dass sie bereit sind das ihnen vorgeschlagene Kind zu adoptieren	
Erlaubnis für die Aufnahme der abfallwirtschaftlichen Tätigkeit beantragen	
Erlaubnisschein zum Fischfang in den Häfen in Bremerhaven	
Ersatzausfertigung des Sportbootführerscheins	extern
Ersatzausfertigung eines UKW-Sprechfunkzeugnisses (UBI) beantragen	extern
Ersatzausfertigung von Long-Range-Certificates (LRC) beantragen	extern
Ersatzausfertigung von Short-Range-Certificates (SRC) beantragen	extern
Feinstaubplakette beantragen	
Führungszeugnis beantragen	extern
Führungszeugnis beantragen	
Fischereischein beantragen	
Flurstückverschmelzung beantragen	
Flurstückzerlegung beantragen	
Fortführung der Unterbringung, Hilfe für junge Volljährige bei Pflegekindern	
Frage- und Antwortformular für Antragstellende	
Fundsachen online	
Gebühren bei einer Auslandsadoption bezahlen	
Gemeinsame Sorge für ein Kind erklären	
Genehmigungsfreistellung online	

Genehmigung zum Aufstellen oder Verändern von Grabmalen und anderen baulichen Anlagen auf Friedhöfen beantragen	
Gesundheitszeugnis: Online-Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz	
Gewerbedaten abfragen	
Gewerbezentralregister: Auskunft aus dem Gewerbezentralregister	
Grenzfeststellung und Abmarkung beantragen	
Grünflächen: Antrag auf Sondernutzung einer öffentlichen Grünfläche	
Grundsteuerrechner	
Halterauskunft einholen	
Handwerk: Eintragung in die Handwerksrolle	extern
Hass und Hetze im Netz anzeigen	
Haushaltsbescheinigung zur Vorlage bei der Familienkasse	
Heilpädagogische Vollzeitpflege bei Pflegekindern	
Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege beantragen	
Hinweise auf Verstöße im Rahmen der Geldwäscheaufsicht mitteilen	
Hunde: Abmeldung eines Hundes	
Hunde: Anmeldung eines Hundes	
Hunde: Antrag auf Ermäßigung der Hundesteuer	
Hunde: Ersatzhundemarke beantragen	
Ideen- und Beschwerde Formular	
Jugendkunstschule: Abmeldung vom Unterricht	
Jugendkunstschule: Anmeldung zum Unterricht	
Jugendmusikschule: Anmeldung zum Musikunterricht	
Kindergeld: Antrag ab Geburt	extern
Kindergeld: Antrag für Kinder bei Eintritt der Volljährigkeit	extern
Kindertageseinrichtung: Anmeldung eines Kindes in einer Kindertageseinrichtung	
Kinderwunschkförderung	extern
Kinderzuschlag beantragen	extern
Lieferantencockpit für Unternehmen (XBestellung)	extern
Liegenschaftskarte: Bestellformular	
Liegenschaftskataster: Bestellformular	
Liegenschaftskataster online	
Masern: Meldung an das zuständige Gesundheitsamt über die Nichterfüllung der Masern-Nachweispflicht gem. § 20 Infektionsschutzgesetz (IfSG)	
Meldebescheinigung beantragen	
Meldebestätigung erhalten	
Meldeformular	
Melderegisterauskunft: Antrag auf Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft (wird gemeinsam mit der erweiterten MRA gezahlt)	
Melderegisterauskunft: Antrag auf Erteilung einer erweiterten Melderegisterauskunft (wird gemeinsam mit der einfachen MRA gezahlt)	
Meldung zum Ausbildungsfonds	extern
Menschen bei der Suche nach der Herkunftsfamilie begleiten	
Müllabfuhrkalender	
Monatliche Leistungen für den Unterhalt von Pflegekindern beantragen	
Mutterschaft anerkennen	

Nachbetreuung nach Beendigung der Vollzeitpflege bei Pflegekindern	
Änderungen mitteilen, die wichtig sind für den Bezug von Unterhaltsvorschuss	
Norddeutsche Bohranzeige Online	
Nutzungsrecht für eine Grabstätte übertragen	
Online Ausleihe (E-Ausleihe) der Stadtbibliothek	
Online-Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz (Gesundheitszeugnis)	
Online-Katalog der Stadtbibliothek	
Online-Lehrgang und Prüfung für Fernpiloten (Kompetenznachweis A1/A3)	extern
Parkausweis für Schwerbehinderte beantragen – Blauer Parkausweis	
Parkerleichterung für Schwerbehinderte beantragen Oranger Parkausweis	
Pass oder Personalausweis: Bearbeitungsstatus	
Petitionen - Bitten und Beschwerden	
Ungeziefer: Meldung eines Ungezieferbefalls (ehemals „Rattenbefall“)	
Rücknahme einer Grabstätte beantragen	
Rundfunkbeitrag anmelden	extern
Sachbeschädigung anzeigen	
Sammelentsorgungsnachweis Bestätigung	
Sammelentsorgungsnachweis im privilegierten Verfahren übermitteln	
Schadenmelder	
Sperrmüll anmelden	
Sporthallen buchen und Belegungspläne einsehen	
Sporthallen (Hallenbelegung Online)	
Sportler:innenehrungsmeldung	
Steuerliche Identifikationsnummer	
Stockangelschein beantragen	
Strafanzeige erstatten	
Störung der Straßenbeleuchtung melden	
Teilbaugenehmigung online	
Teilnahme am Amateurfunkdienst unter gleichzeitiger Zuteilung eines personengebundenen Rufzeichens	extern
Temporäre Halteverbotszone beantragen	
Termin vereinbaren (Bürgerbüros)	
Tickets: Online-Buchung für das Stadttheater	
Umfängliches Baugenehmigungsverfahren online	
Umschreibung einer Fahrerlaubnis in einen Sportbootführerschein	extern
Umschreibung eines Long-Range-Certificates (LRC) beantragen	extern
Umschreibung eines Short-Range-Certificates (SRC) beantragen	extern
Unterhaltsvorschuss: Antrag auf Unterhaltsleistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)	
Unterstützung bei der Durchsetzung der dauerhaften Unterbringung eines Kindes bei den Pflegepersonen bekommen	
Urkundenstelle: Anforderung von Personenstandsurkunden	
Vaterschaft anerkennen	
Vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren online	
Vergabe: Präqualifizierungsvorgang für Unternehmen	extern

Verlängerung der Bescheinigung über ein internationales Vermittlungsverfahren beantragen	
Verlängerung des Nutzungsrechts einer Grabstätte beantragen	
Verlustmeldung eines Ausweisdokuments	
Verpflichtungserklärung	
Versammlungen und Aufzüge anmelden	
Vollzeitpflege für ältere Kinder und Jugendliche bei Pflegekindern	
Wahl- bzw. Abstimmungsschein beantragen	
Waldfläche: Antrag auf Genehmigung zur Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart	
Widerspruch gegen Datenübermittlungen nach dem BMG	
Wohngeld: Lastenzuschuss Änderungsmitteilung	
Wohngeld: Lastenzuschuss Erhöhungsantrag	
Wohngeld: Lastenzuschuss Erstantrag	
Wohngeld: Lastenzuschuss Weiterleistungsantrag	
Wohngeld: Mietzuschuss Erhöhungsantrag	
Wohngeld: Mietzuschuss Erstantrag	
Wohngeld: Mietzuschuss Änderungsmitteilung	
Wohngeld: Mietzuschuss Weiterleistungsantrag	
Wohnsitzabmeldung	
Wohnsitz anmelden	
Wunschkennzeichen reservieren	
Zulassungsbescheinigung I ersetzen - Verlust, Diebstahl	
Zulassungsbescheinigung II beantragen - Verlust, Diebstahl	
Zuschuss zu Altersabsicherung als Pflegeperson beantragen	
Zuwendungen für die Stadtteilkonferenzen	
Zuzahlungen und/oder Eigenanteile der Krankenhilfe für Pflegekind/er beantragen	

Tabelle 2: **Übersicht der laufenden Projekte**

Projekt	Thema
Amt 34 - Standesamt	Umsetzungsprojekt Eheschließung
Amt 34 - Standesamt	Umsetzungsprojekt Geburt
Amt 63 - Bauordnungsamt	Digitale Baugenehmigung
Amt 52 - Amt für Sport und Freizeit	Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für eine sportförderungswürdige Maßnahme
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Waffenrechtliche Erlaubnisse (eWaffe)
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Elektronischer Aufenthaltstitel (eAT)
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Führerschein
Amt 66 - Amt für Straßen- und Brückenbau	Trassengenehmigung / Breitbandausbau
Amt 51 - Amt für Jugend, Familie und Frauen	Erlaubnis zur Ausübung der Kindertagespflege
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Steuerliche Abmeldung/Infrastrukturdienst Gewerbefinanz
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	iKFZ
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Online-Sicherheitsprüfung (OSIP)
Querschnittsleistungen	Widerspruch
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Einbürgerung
Amt 20 - Stadtkämmerei	Förderfinder
Amt 50 - Sozialamt	Gesundheitsleistungen
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Jägerprüfung und Jagdschein
Amt 34 - Standesamt	Umsetzungsprojekt Namensbestimmung
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Personalausweis
Amt 58 - Umweltschutzamt	Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zur Benutzung eines Gewässers
Amt 34 - Standesamt	Anzeige eines Todesfalls
Amt 51 - Amt für Jugend, Familie und Frauen	Meldung einer Kindeswohlgefährdung
Amt 50 - Sozialamt	Hilfe zur Pflege
Amt 50 - Sozialamt	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
Amt 50 - Sozialamt	Übernahme von Bestattungskosten
Amt 50 - Sozialamt	Blindenhilfen
Amt 50 - Sozialamt	Leistungen der Eingliederungshilfe
Amt 50 - Sozialamt	Hilfe zum Lebensunterhalt
Amt 50 - Sozialamt	Bedarf für Bildung und Teilhabe
Amt 50 - Sozialamt	Übernahme von Mietrückständen
Amt 50 - Sozialamt	Gesundheitsleistungen für Leistungsempfänger nach § 4 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
Amt 50 - Sozialamt	Leistungen nach AsylbLG
Amt 50 - Sozialamt	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
Amt 57 - Amt für Menschen mit Behinderungen	Anmeldung Behindertensportfest
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Heilpraktikererlaubnis
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Statuskarte ZB I
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Statuskarte ZB II
Amt 40 - Schulamt	Schulpflichtbefreiung
Amt 91 - Bürger- und Ordnungsamt	Wohnsitz als Nebenwohnsitz anmelden

Amt 63 - Bauordnungsamt	Auskunft zum Denkmalschutz
Amt 22 - Steueramt	Vergnügungssteuer
Amt 22 - Steueramt	CityTax
Amt 22 - Steueramt	Allgemeines SEPA-Lastschriftmandat
Amt 22 - Steueramt	Zweitwohnungssteuer
Amt 22 - Steueramt	Wettbürosteuer

Vorlage Nr. 25/2025		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sitzungstermine 2026

Die Sitzungstermine des Personal- und Organisationsausschusses und des Betriebsausschusses des Betriebes für Informationstechnologie (BIT) wurden von den Vorsitzenden unter Berücksichtigung der geplanten Termine der Bremischen Bürgerschaft und der Ferientermine wie folgt festgesetzt:

- 16.03.26 (Montag)
- 30.06.26 (Dienstag)
- 29.09.26 (Dienstag)
- 15.12.26 (Dienstag).

Die Sitzungen finden im Raum 237 (großer Sitzungssaal, Stadthaus 1) statt.

Geplanter Beginn jeweils 16.00 Uhr.

Die Sitzungen des Betriebsausschusses des Betriebes für Informationstechnologie (BIT) beginnen jeweils im Anschluss an die Sitzungen des Personal- und Organisationsausschusses.

Erforderliche Änderungen bleiben vorbehalten.

Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss und der Betriebsausschuss des Betriebes für Informationstechnologie (BIT) nehmen von der Terminplanung für das Jahr 2026 Kenntnis.

gez. Melf Grantz

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 26/2025		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung von 1,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfen für das Sozialamt zur Umsetzung des Projektes „Heidjer Hilfe – Nebenan im Einsatz“

A Problem

Gemäß § 123 SGB XI fördert der Spitzenverband Bund der Pflegekassen im Zeitraum 2025 bis 2028 regionalspezifische Modellvorhaben für innovative Unterstützungsmaßnahmen und –strukturen für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und vergleichbar Nahestehende vor Ort und im Quartier. Das Gesundheitsressort Bremen hat dazu am 15.07.2025 einen entsprechenden Förderaufruf veröffentlicht.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 02.07.2025 der Durchführung des Projektes „Heidjer Hilfe – Nebenan im Einsatz“ im Stadtteil Leherheide im Rahmen eines Modellvorhabens nach § 123 SGB XI zugestimmt (vgl. Vorlage Nr. III/20/2025) und bittet den Personal- und Organisationsausschuss um die erforderliche Beschlussfassung zur Bewilligung von bis zum 31.12.2028 befristeten 1,5 Stellen zur Projektumsetzung.

Das Sozialamt ist dem o. g. Förderaufruf des Gesundheitsressorts Bremen gefolgt und hat das gemeinsam mit dem Sozialreferat entwickelte Konzept zum Projekt „Heidjer Hilfe – Nebenan im Einsatz“ eingebracht. Kern des Projektes ist der Aufbau einer quartiersbezogenen Anlaufstelle, die Menschen mit Pflegegrad mit freiwilligen Engagierten für alltagsnahe Entlastungsleistungen zusammenbringt.

Die fachliche Steuerung, die Koordination der Beteiligten sowie die konzeptionelle Weiterentwicklung des Projektes soll einer Projektleitung unterliegen. Für die Sicherstellung der organisatorischen Abläufe, den Bürger:innenkontakt sowie administrative Aufgaben ist die zusätzliche Beschäftigung einer Unterstützungskraft vorgesehen.

B Lösung

Vorbehaltlich der Sicherstellung der Drittmittelfinanzierung beschließt der Personal- und Organisationsausschuss die Anerkennung von 1,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfen für das Sozialamt (1,0 Projektleitung Entgeltgruppe 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA) + 0,5 Unterstützungskraft Entgeltgruppe 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) befristet bis zum 31.12.2028 zur Umsetzung des Projektes „Heidjer-Hilfe – Nebenan im Einsatz“.

C Alternativen

Der Personal- und Organisationsausschuss lehnt die Bewilligung der beantragten 1,5 überplanmäßigen Bedarfe ab.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf Grundlage der Personalhauptkosten von 2025 entstehen durchschnittliche jährliche Personalkosten in Höhe von 119.307 €, die zu 100 % aus Landesmitteln sowie durch die Pflegekassen finanziert werden.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtlichen Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Abteilung Organisation/Stellenbewertung des Personalamtes hat mitgeteilt, dass es aufgrund der sehr kurzfristigen Beteiligung vor der notwendigen Magistratsbefassung nicht möglich war, in eine fundierte Prüfung einzutreten. Grundsätzlich wird das Projekt begrüßt und der Umfang von 1,5 Stellen für den Einstieg in das Projekt als plausibel erachtet, ob jedoch insbesondere die Projektleitung alternativ durch bereits vorhandenes Personal oder durch Kooperation mit einem Träger wahrgenommen werden könnte, konnte in der Kürze der Zeit nicht geprüft werden. In ihrer Stellungnahme hat die Abteilung insbesondere darauf hingewiesen, dass innerhalb der Projektlaufzeit zwingend sich selbst tragende Strukturen geschaffen werden müssen, damit eine im Erfolgsfall geplante Fortsetzung und Ausweitung des Projektes auf andere Stadtteile nach Ende der Projektlaufzeit und –förderung ohne den Einsatz städtischen Personals möglich ist.

Der Magistrat hat der Durchführung des Modellvorhabens in seiner Sitzung am 02.07.2025 zugestimmt.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung hat in seiner Sitzung am 26.08.2025 zugestimmt.

Im Rahmen der Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Vorbehaltlich der Sicherstellung der Drittmittelfinanzierung beschließt der Personal- und Organisationsausschuss die Anerkennung von 1,5 befristeten überplanmäßigen Bedarfen für das Sozialamt (1,0 Projektleitung Entgeltgruppe 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA) + 0,5 Unterstützungskraft Entgeltgruppe 5 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) befristet bis zum 31.12.2028 zur Umsetzung des Projektes „Heidjer-Hilfe – Nebenan im Einsatz“.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 27/2025		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung eines befristeten überplanmäßigen Bedarfs "Transition Guide" für die Jugendberufsagentur des Schulamtes

A Problem

Im Land Bremen und der Kommune BHV stehen allen Schülerinnen und Schülern [SuS] verschiedene Instrumente und Angebote zur frühzeitigen Beruflichen Orientierung als fester Bestandteil der schulischen Entwicklung ab Jahrgangsstufe 7 zur Verfügung.

Diese Instrumente werden stetig erprobt, evaluiert und weiterentwickelt um junge Menschen beim Übergang in die Ausbildung zu unterstützen. Einige junge Menschen schaffen es dennoch nicht, sich für einen ausbildungs- oder berufsvorbereitenden Bildungsgang („schulisches Übergangssystem“) anzumelden.

Seit Anfang 2024 sind an Schulen im Land Bremen sogenannte Transition Guides aktiv. Die Transition Guides begleiten ausgewählte SuS mit umfassenderen Unterstützungsbedarfen über einen längeren Zeitraum und haben die Aufgabe, nachhaltig zum Gelingen des Übergangs von der allgemeinbildenden Schule in das Übergangssystem und dann in eine Ausbildung beizutragen. Die Transition Guides sind ein durch den Bund finanziertes, befristetes Modellprojekt. Zudem können durch deren Einsatz nicht alle Schulen abgedeckt werden.

Das Modellprojekt Transition Guides begleitet gezielt Schülerinnen und Schüler, die eine kontinuierliche und längerfristige Unterstützung benötigen, um den Übergang Schule-Schule-Ausbildung zu bewältigen. Ein besonderer Fokus liegt darauf, die Klassen der weiterbildenden Schule effektiv für die Berufsorientierung und Vorbereitung für den Start in die Ausbildung zu nutzen. Studien sowie Erfahrungen zeigen, dass zu viele Schülerinnen und Schüler, z.B. durch einen Mangel an individueller Unterstützung, zu lange in den ausbildungsvorbereitenden Bildungsgängen verweilen.

In der Jugendberufsagentur des Schulamtes sind befristet bis 31.12.2026 zurzeit 2,0 anerkannte Bedarfe für Transition Guides eingerichtet (Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA)). Mit den vorhandenen Stellen ist es nicht möglich, alle Schulen im Stadtgebiet Bremerhaven zu erreichen.

Die Bremische Bürgerschaft hat im März 2023 das Gesetz zum Ausbildungsunterstützungsfond beschlossen. Der Verwaltungsrat des Ausbildungsunterstützungsfonds hat sich darauf verständigt, drei weitere Transition Guide-Stellen im Land Bremen zu fördern. Eine der neuen, zunächst auf zwei Jahre befristeten Stellen, soll in Bremerhaven angesiedelt werden. Dies würde es ermöglichen, das Netz der Transition Guides nochmals enger zu schließen und an weiteren Schulen eine Begleitung von ausgewählten SuS anzubieten.

Da ein Besetzungsverfahren nach der Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses am 03.12.2025 den zum 01.01.2026 geplanten Maßnahmenbeginn gefährdet, soll die Be-

schlussfassung ausnahmsweise vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Schule und Kultur erfolgen.

B Lösung

Vorbehaltlich der Sicherstellung einer vollständigen Drittmittelfinanzierung beschließt der Personal- und Organisationsausschuss die Anerkennung eines befristeten überplanmäßigen Bedarfs „Transition Guide“ für die Jugendberufsagentur des Schulamtes, (Sozialarbeiter:in/ Sozialpädagoge:in, Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet für die Dauer von zwei Jahren ab Einstellung.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf Grundlage der Personalhauptkosten von 2025 entstehen durchschnittliche jährliche Personalkosten in Höhe von 81.934 €. Vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Verwaltungsrat des Ausbildungsunterstützungsfonds im Land Bremen erfolgt eine vollständige Finanzierung aus den Mitteln des Fonds.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfs erfolgt gendergerecht.

Die Auswirkungen auf besondere Belange von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen wurden berücksichtigt. Eine Beteiligung ist im Rahmen des hier vorliegenden Sachverhaltes nicht angezeigt.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Schule und Kultur wird in seiner Sitzung am 25.09.2025 beteiligt.

Im Rahmen der Besetzung des überplanmäßigen Bedarfs sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Vorbehaltlich der Sicherstellung einer vollständigen Drittmittelfinanzierung aus Mitteln des Ausbildungsunterstützungsfonds im Land Bremen beschließt der Personal- und Organisationsausschuss die Anerkennung eines befristeten überplanmäßigen Bedarfs „Transition Guide“ für die Jugendberufsagentur des Schulamtes, (Sozialarbeiter:in/ Sozialpädagoge:in, Entgeltgruppe S 11b TVöD (Entgeltordnung/VKA)), befristet für die Dauer von zwei Jahren ab Einstellung.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 28/2025		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung von 1,85 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für Kinderpfleger:innen für den Bereich Geistige Entwicklung an Schulen

A Problem

Schüler:innen mit einem anerkannten sonderpädagogischen Förderbedarf im Schwerpunkt Geistige Entwicklung (GE) werden gemäß § 35 Abs. 1 S. 1 Bremisches Schulgesetz an Bremerhavener Schulen an ausgewählten Standorten inklusiv beschult. Eine Beschulung erfolgt mit jeweils fünf Kindern mit anerkanntem Förderbedarf und 17 Regelschüler:innen pro Klassenverband.

Für die pflegerische Betreuung stehen dem Schulamt aktuell 18,1 Stellen für die Beschäftigung von Kinderpfleger:innen zur Verfügung. Diese Anzahl reicht ab Beginn des Schuljahres 2025/26 nicht mehr aus, um den Bedarf zu decken.

Grund für den gestiegenen Personalbedarf sind die steigenden Schüler:innenzahlen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Im Primarbereich sind zwei neue Klassenverbände einzurichten. Die Zahl steigt von 21 Klassenverbänden im Schuljahr 2024/25 auf 23 Klassenverbände im Schuljahr 2025/26. An den Oberschulen steigt die Zahl der Klassenverbände für Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf von 27 im Schuljahr 2024/25 auf 29 im Schuljahr 2025/26.

Zur Sicherstellung der inklusiven Beschulung ab dem Schuljahr 2025/26 ergibt sich ein zusätzlicher Personalbedarf von 1,85 Stellen.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 1,85 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen (Kinderpfleger:innen, Entgeltgruppe S 4 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für den Bereich Geistige Entwicklung an Schulen.

Zum nächsten Stellenplan ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf der Grundlage der Personalthauptkosten von 2025 entstehen zusätzliche Personalkosten wie folgt:

Bei einer Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe ab 01.10.2025 entstehen im Haushaltsjahr 2025 zusätzliche Personalkosten in Höhe von rund 26.700 €.

Ab dem Haushaltsjahr 2026 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von rund 106.800 € brutto/Jahr.

Die Finanzierung erfolgt gem. § 8 Finanzausweisungsgesetz im Rahmen der Ausgabenerstattung für das pädagogisch tätige nichtunterrichtende Personal durch das Land Bremen. Das Schulamt wird die finanziellen Mehrbedarfe bei der senatorischen Bildungsbehörde geltend machen.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe erfolgt gendergerecht.

Die Anerkennung der zusätzlichen Personalbedarfe hat Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung, da durch das zusätzliche Personal die ganztägige Betreuung von Schüler:innen mit Wahrnehmungs- und Entwicklungsstörungen ermöglicht wird.

Die Auswirkungen auf besondere Belange von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen wurden berücksichtigt. Eine Beteiligung ist im Rahmen des hier vorliegenden Sachverhaltes nicht angezeigt.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Schule und Kultur hat in seiner Sitzung am 12.06.2025 zugestimmt.

Im Rahmen der Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anerkennung von 1,85 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen (Kinderpfleger:innen, Entgeltgruppe S 4 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für den Bereich Geistige Entwicklung an Schulen.

Die Finanzierung erfolgt gem. § 8 Finanzausweisungsgesetz im Rahmen der Ausgabenerstattung für das pädagogisch tätige nichtunterrichtende Personal durch das Land Bremen. Das Schulamt wird die finanziellen Mehrbedarfe bei der senatorischen Bildungsbehörde geltend machen.

Zum nächsten Stellenplan ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. 30/2025		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Verlängerung von 50 befristeten überplanmäßig anerkannten Bedarfen für nichtunterrichtendes pädagogisches Personal an Bremerhavener Schulen

A Problem

In den vergangenen Schuljahren konnten die nach der Landeszuweisungsrichtlinie eingeplanten Stellen für Lehrkräfte in Bremerhaven nicht im erforderlichen Umfang besetzt werden. Zur Entlastung der vorhandenen Lehrkräfte erfolgte der unterstützende Einsatz von nichtunterrichtendem pädagogischem Personal.

Für die Einstellung von pädagogischen Unterstützungskräften stehen dem Schulamts aktuell 105 VZÄ zur Verfügung, davon 55 VZÄ als unbefristete Stellen (siehe Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses 22/2022 vom 29.06.2022) und 50 VZÄ als überplanmäßig anerkannte Bedarfe befristet bis zum 31.12.2025.

Für 4,953 VZÄ der befristet anerkannten Bedarfe hat der Ausschuss für Schule und Kultur (Vorlage IV-S 24/2025) bereits einer Verlängerung bis 31.07.2027 für die Qualifizierung von pädagogischen Beschäftigten zugestimmt. Hierfür erfolgt die Drittmittelfinanzierung über die Agentur für Arbeit. Es verbleiben befristete Bedarfe im Umfang von 45,047 VZÄ, für die eine entsprechende Beschlussfassung noch aussteht.

Die Rückmeldungen der Schulleitungen zeigen, dass die Einstellung zusätzlichen Personals und die damit verbundene Schaffung von multiprofessionellen Teams den Schulen helfen, um die angespannte Personalsituation durch den Lehrkräftemangel zu verbessern und eine differenzierte Unterstützung für die Schüler und Schülerinnen zu ermöglichen. Zu Beginn des Schuljahres 2025/26 lag die Zahl der nicht besetzten Lehrkräftestellen in Bremerhaven bei 138 VZÄ, so dass es zwingend erforderlich ist, die Unterstützungsmaßnahmen zu verlängern und den betroffenen Beschäftigten - auch im Hinblick auf den bevorstehenden Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung - möglichst frühzeitig eine Perspektive zu geben.

B Lösung

Um die formalen Voraussetzungen für die Einstellung zusätzlichen Personals zu schaffen, wird die Gesamtzahl der überplanmäßig anerkannten Bedarfe im Umfang von 50 VZÄ (einschließlich der bereits bis 31.07.2027 bewilligten 4,953 VZÄ) befristet bis zum 31.12.2027 verlängert. Eine Inanspruchnahme der überplanmäßigen Bedarfe erfolgt nur, sofern eine Finanzierung durch Landesmittel oder entsprechende Drittmittel gesichert ist.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die Finanzierung des zusätzlichen pädagogischen Personals an Schule (Erzieher und Erzieherinnen EG S4-8a oder Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen EG S11b bis S12 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) erfolgt über Landesmittel durch Umwidmung von nicht besetzten Lehrkräftestellen (s. Haushaltsvermerk des Landes zu 0201/985 20-0).

Der Bremer Senat hat zuletzt mit Beschlussfassung vom 12.12.2023 der Verlängerung der „Maßnahmen zur Bewältigung des Lehrkräftemangels in Bremerhaven“ zugestimmt. Die haushaltstechnische Umsetzung durch den Senator für Finanzen erfolgte in Form der Einrichtung eines Haushaltsvermerkes für die Erstattung der Personalkosten der Lehrkräfte (0201/985 20-0). Demnach können „freiwerdende Mittel bei Nichtbesetzung von Lehrkräftestellen in gleicher Höhe für die pädagogische Unterstützung herangezogen werden“.

Die Senatorin für Kinder und Bildung bestätigte dem Schulamt, dass entsprechend des Haushaltsvermerks grundsätzlich Einverständnis mit der Umwandlung nicht zu besetzender Lehrkräftestellen besteht.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe erfolgt gendergerecht.

Die Auswirkungen auf besondere Belange von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen wurden berücksichtigt. Eine Beteiligung ist im Rahmen des hier vorliegenden Sachverhaltes nicht angezeigt.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Schule und Kultur wird in seiner Sitzung am 25.09.2025 mit einer Vorlage begrüßt.

Im Rahmen der Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Verlängerung der überplanmäßig anerkannten Bedarfe im Umfang von 50 VZÄ bis zum 31.12.2027 (nichtunterrichtendes pädagogisches Personal, Entgeltgruppe S4 bis S8b TVöD oder Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen EG S11b bis S12 (Entgeltordnung/VKA)) vorbehaltlich des entsprechenden Beschlusses des Ausschusses für Schule und Kultur.

Eine Inanspruchnahme der überplanmäßigen Bedarfe erfolgt nur, sofern eine Finanzierung durch Landesmittel oder entsprechende Drittmittel gesichert ist.

Melf Grantz
Oberbürgermeister